

Dresdner Volkszeitung

Postkassens: Dresden, Anben & Comp., Nr. 1298.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 18,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 54,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 31,00 M., Einzelnummer 1,00 M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5-spaltige Nonpareilzeile 5,00 M., Familienanzeigen 4,00 M., die 3-spaltige Nonpareilzeile 2,00 M. Bei mehrmaliger Aufzählung Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Preisüberlegung 1 M.

Nr. 98

Dresden, Donnerstag den 27. April 1922

33. Jahrg.

Was will Poincaré?

In einer halbamtlichen Erklärung versucht Savas noch einmal zu beweisen, daß Frankreich zu einem gesonderten Vorgehen gegen uns auf Grund des Versailler Friedensvertrages berechtigt ist. Und zwar stützen sich die Franzosen darauf, daß bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages nach langer Debatte die Bestimmung eingefügt wurde, daß jede einzelne Regierung die Entscheidung treffen könne, die sie für angebracht halte. Zwar sei es wünschenswert, daß die französische Regierung nicht allein, sondern im Einvernehmen mit ihren Verbündeten vorgehe. Aber dies sei nicht unbedingt notwendig.

Wenn wir in einer internationalen Anleihe für Deutschland die einzige Möglichkeit sehen, den französischen Einmarsch zu verhindern, so deutet die neueste Savas-Erklärung an, daß die Franzosen selbst dann noch zu einem militärischen Vorgehen gegen Deutschland berechtigt seien, wenn Deutschland auf Grund einer Anleihe zahlen würde. Es würde schon genügen, daß Deutschland bis zum 31. Mai ein neues Steuerprogramm nicht übermittle und eine tatsächliche Finanzkontrolle ablehne, um Frankreich zu seinem Vorgehen zu berechtigen.

St Frankreich wirklich berechtigt, auf Grund des Friedensvertrages auf eigene Faust in Deutschland einzumarschieren? Der Vertrag sieht zwar vor „wirtschaftliche und finanzielle Sperr- und Bergeltungsmassnahmen, überhaupt solche Maßnahmen, die durch die Umstände für geboten erscheinen“. In anderen Teilen des Friedensvertrages ist aber für den Fall selbstverschuldeten deutscher Vertragsverletzung ausdrücklich nur vorgehoben die Verlängerung der Rheinlandbesetzung bzw. die Wiederbesetzung schon geräumter Gebiete. Wie ist aber von einer etwaigen Besetzung neuer Reichsgebiete die Rede?

Auch heißt es stets nur, daß die Alliierten gemeinsam Maßnahmen beschließen und durchführen können. Dies ist auch von den Franzosen nach der Besetzung Frankreichs ausdrücklich anerkannt worden und sie haben sich damals den Alliierten gegenüber verpflichtet, in Zukunft nur noch mit ihnen gemeinsam zu handeln. Ein Bruch dieser Verpflichtung geht also zunächst die Entente selbst an. Eine Erklärung der englischen Delegation in Genoa besagt denn auch:

Nach Ansicht der Mehrheit der Alliierten ist es notwendig, daß sich die Unterzeichner des Versailler Vertrages über die Maßnahmen einigen, die Ministerpräsident Poincaré in seiner Rede in Bar le Duc im Auge gefaßt hat. Zur Zeit weiß man noch nicht, welches diese Maßnahmen sind. Es ist daher notwendig, daß man sie erklärt.

Man weiß noch nicht, ob über diese Maßnahmen die Unterzeichner des Friedensvertrages, deren Mehrheit sich zur Zeit in Genoa befindet, entscheiden wird. Man sagt, Lloyd George habe die Absicht, offiziell die Einberufung des Obersten Rates zu verlangen. Aber auch wir dürfen darüber keinen Zweifel lassen, daß der Einmarsch der Franzosen einen Bruch des Friedensvertrages und damit einem Zerreißen sämtlicher bisher abgeschlossener Verträge gleichkommt.

Im Gegensatz zur halbamtlichen Savas-Erklärung bringen verschiedene Pariser Zeitungen zur Rede des französischen Ministerpräsidenten hochoffizielle Erklärungen, die nicht anders als eine Ab schwächung der Drohungen Poincarés zu werten sind:

Zunächst aber möchte noch ausdrücklich festgehalten sein, daß es sich um ein absichtliches Verstoßen Deutschlands handelt. Die französische Regierung sei fest entschlossen, alle ihre Rechte zu wahren, aber sie habe nicht die Absicht, über die Grenzen ihrer Rechte hinauszugehen. Die Entschlüsse der Regierung seien von den Erklärungen der Reparationskommission abhängig und die Erklärungen der Reparationskommission richteten sich nach den Taten der deutschen Regierung vor dem Ablauf des Monats Mai.

Aber selbst im schlimmsten Falle — heißt es weiter — wenn nämlich Deutschland Ausfälle mache oder sich der Reparationskommission direkt widersetze, halte Poincaré ein isoliertes Vorgehen Frankreichs noch nicht für wahrscheinlich. Er habe nur erklärt, daß Frankreich das Recht habe, allein zu handeln, aber er habe Vertrauen zu der Einsicht der Verbündeten und zur Loyalität Englands, und glaube deshalb nicht, daß Frankreich zu Ausübung des Rechtes gezwungen sein werde.

Vedenklich Rede der deutsch-russische Vertrag aber von einer Gefahr für die Stunde sei nicht die Rede. Deutschland könne nicht an einem Tage die ganze Kriegsindustrie erneuern und es sei auch nicht ohne weiteres anzunehmen, daß sich „das entzifferte Deutschland“ (1) offen an einem kollektiven Angriff gegen Polen beteiligen werde.

Diese beruhigenden Worte, mit denen auf einmal zugewandt wird, daß Deutschland entschlossen ist, sollen andeuten den unglücklichen Eindruck abzuwischen, den die Rede Poincarés im Auslande und besonders in England gemacht hat.

Die Forderungen an Rußland

Wenau, 26. April. Gestern nachmittag sind die Sachverständigen der ersten Kommission mit Aufnahme der Russen zusammengetreten, um über die durch die Gegenanschläge der Russen geschaffene Lage zu beraten. In dieser Zusammenkunft wärfen sie die Gesichtspunkte, die sie von den Russen trennen. Sie kamen überein, daß vor allem eine Verknüpfung aller folgenden Forderungen getroffen werden müsse:

1. Begleichung der russischen Kriegsschulden, von deren Summe Abzinsung gemacht werden sollen auf Grund der

1. finanzielle Lage, in der Rußland sich jetzt befindet;
2. Bezahlung der Fortkriegsschulden, gegebenenfalls mit Moratorium;
3. Bestimmung der Verantwortlichkeit für die verursachten Schäden, eine Forderung, über die die Russen sich jetzt nur mit allgemeinen Erklärungen geantwortet haben;
4. Rückgabe des privaten Eigentums.

Die Sachverständigen hoffen, heute noch ihren Delegationen über die Verhandlungen Mitteilung machen zu können. Jedoch ist beabsichtigt, die Forderungen der einzelnen Staaten übereinstimmend zu formulieren und in der Art eines Memorandum den Russen in allerhöchster Zeit zu überreichen.

25 : 4

In Deutschland gibt es gegen 4000 Zeitungen. Davon sind 3700 Zeitungen Organe des kapitalistischen Bürgertums, dagegen nur ungefähr 300 Organe der Arbeiterbewegung. Die Tageszeitungen des Bürgertums haben ca. 25 Millionen Abonnenten, die der Arbeiterbewegung dagegen nur ungefähr 4 Millionen.

In 25 Millionen Zeitungsrepliken fährt also der Kapitalismus täglich seinen Geisteskampf gegen die Bestrebungen der Arbeitenden. 25 Millionen nach schreit er der Öffentlichkeit die trügerischen kapitalistischen Argumente ins Ohr. Aus 25 Millionen Röhren fließt jeden Tag das Gift der Feresführung in die Massen. Die sozialistische Presse kann nur mit schwacher Stimme antworten. Ihre Reichweite ist noch gering.

Wer begreift da nicht, daß der Kampf gegen den Unverstand der Massen so unendlich schwer ist und Kraft und Begeisterung zum Eintreten für die große Sache der Arbeit noch zu gering ist für den Sieg?

Wer zweifelt noch daran, daß es eine Arbeit von größter Bedeutung ist, der freien Presse neue Gebiete zu erobern, ihr die Türen zu neuen Millionen Menschenwohnungen zu erschließen?

Die ungeheure Bedeutung der Presse macht es jedem freiheitlich Gesinnten zur Pflicht, die bürgerlichen Mäcker zu verdrängen und den sozialistischen Mäthern die Bahn freizumachen. Das ist aber für die Minderbemittelten um so schwerer, je teurer das sozialistische Blatt ist.

Und doch muß heute wieder eine neue Bezugspreis-erhöhung angekündigt werden. Für unser Blatt, das bisher 18 Mark kostete, müssen ab 1. Mai 22 Mark gefordert werden. Diese Erhöhung war bei den furchtbar steigenden Papier- und Materialpreisen nicht zu umgehen, trotzdem es sich bei allen Preissteigerungen für sozialistische Blätter um deren Daseinskampf überhaupt handelt, denn unsere Bezahler sind meist die am wenigsten Begüterten unter den Zeitungsläsern. Sie müssen ihren geringen Lohn fast vollständig für den notwendigen Lebensunterhalt ausgeben. So kämpfen insbesondere die sozialistischen Zeitungen einen Geisteskampf, weil sie bisher nur geringe Preiserhöhungen vornehmen, und weil sie keine Inseratenplantagen und keine besonderen Zuwendungen haben, wie vielfach die bürgerliche Presse.

Unsere Leser können versichert sein, daß mit der Preissteigerung nur dem härtesten Zwange gefolgt wird, denn wir wissen, daß jede erhöhte Ausgabe die Minderbemittelten heute doppelt schwer trifft. Viel schwerer aber würden unsere Leser betroffen, wenn ihre Blätter an Umfang und Bedeutung verlieren würden, wenn der Inhalt leiden müßte.

Wir sind uns auch der Gefahren, die in einer solchen Bezugspreissteigerung liegen, bewußt. Aber die Verhältnisse sind härter als unsere Wünsche. Die Arbeiterpresse, die Presse der Armsten, muß nun eine Stütze finden in der Opferwilligkeit der Massen und in der stützenden Kraft, die der Arbeiterbewegung innewohnt.

An unsere Leser und Genossen richten wir die dringende Bitte, alles anzunehmen, um den Bestand einer großen sozialistischen Tageszeitung zu erhalten. Wie wissen sehr wohl, daß die körperliche Verleumdung durch die heutige Wirtschaftslage eine sehr große ist, aber jeder angeklärte Volksgenosse weiß auch, daß die geistige Verleumdung in den letzten Jahren gewaltig zugenommen hat. Die meisten Arbeiter und Arbeiterinnen, kleinen Beamten, Rentempfänger und auch die Kriegsbeschädigten sind heute nicht in der Lage, sich ein gutes Buch, eine lehrreiche Broschüre anzuschaffen. Die einzige geistige Anregung in den meisten Haushaltungen ist nur die Zeitung. Sie hat also höchste politische und kulturelle Aufgaben zu erfüllen. Soll sie diesen Aufgaben auch gerecht werden, dann ist es die Pflicht einer selbstbewußten, ihre Aufgabe klar erkennenden Arbeiterklasse, ihre Presse zu schützen. Diese wird dann dafür sorgen können, daß im allgemeinen, sozialen Niedergange wenigstens nicht auch noch der Pfad mit verflüchtigt wird, der wieder nach oben führt.

Der Achtstundentag in den Wiederaufbaujahren

Genosse Max Schippel sendet uns untenstehende Zuschrift, die wir wiedergeben, ohne uns die Anschauungen Schippels zu eigen zu machen. Wir werden in den nächsten Tagen einen Aufsatz bringen, dessen Verfasser sehr einflussreich für den Achtstundentag eintritt.

Auf die überaus feltame Notiz, die heute von nachrichtendienstlicher Stelle aus durch die Presse läuft, muß ich zu meinem Bedauern etwas länger erwidern. Ich lasse dabei aber für heute jede Bezugnahme auf das in der Notiz an den Boaren herbeigezogene Persönliche und Dienstliche beiseite, da ich annehme, daß hierfür eine Ausbeude maßgebend sein wird. Die Freitagstafelungen soll und die meines Erachtens besser vor der Freikonsumnahme stattgefunden hätte.

Über den Wert der Arbeitsverwertung und ihrer demonstrativ sichtbaren Zusammenfassung in der Forderung des Achtstundentages bedarf, wie ich glaube, kein halbwegs erwachsener Parteigenosse heute noch irgendwelcher Belehrung. Ich selber zum allerwenigsten, denn ich habe, als die Dinge für uns noch nicht so einfach und unbesritten lagen wie heute, lange Zeit journalistisch und literarisch im Mittelpunkt der Bewegung für diese Forderung gestanden (man erinnere sich nur der ersten Waisereifreistafelungen). Als vor und bei dem revolutionären Umsturz von 1918 die Unterwerfung in den ersten Arbeitsgemeinschaftsabmachungen den Achtstundentag als „Schrittmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit für alle Betriebe“ aufgeben mußten, habe ich dies mehr gefeiert als irgendwem andere Parteigenossen, die vorwiegend auf formalpolitische Ertragensdifferenzen nachdrückten legten:

„Wie viele Jahrzehnte hatten wir bisher vergeblich für diese Grundstufe des weitern Emporstiegens gerungen, wie viele Jahre hatten wir unter persönlichen Beschwerden dafür unter den fühlbarsten Ockern weiter zu ringen gehabt? ... In welcher langweiligen Zeitspanne, unter was für Kriegskosten und Mühsal hatten wir unter den alten Zeitläuften hoffen dürfen, die gleiche Weisheit zu erlangen? Und doch waren wir mit Recht stolz auf die Schamlosigkeit und Grandschick auch des früheren Aufstiegs der deutschen Arbeiterklasse, verglichen mit den entsprechenden Leistungen des Auslands. Dem Achtstundentag gedachte man bereits als erstes großes sozial-revolutionäres Gesch. nach Wiedererfassung der alten Ordnung zu verbinden. Er ist früher und viel umfassender, als dies bei ein Zwangsgesetz (die Verordnung vom 20. November vor dem noch nicht erlassenen) gegen unbetrieblieche Unternehmungen im Ernst bewirkt konnte, verweigert und belagert und in seiner Vollziehung am unerfüllbarsten gescheitert worden: nämlich unter Ablegung und Verurteilung durch die Verbände der Arbeiter und Unternehmer selber.“ (Sozialistische Monatshefte Dezember 1918, S. 1046.)

Auch in meinem bescheidensten letzten Aufsatz unterbreite ich die Verdienste Leiberts nochmals doppelt, weil er die ganze Latenz seines Verbandes vor allem auf die Arbeitszeitverwertung als grundlegende Arbeit reform“ zurückführt und die Lohnverträge, die manchmal für andere Verbände zu sehr im Vordergrund standen, mehr als von selber sich einstellende mittelbare Wirkungen davon ins Auge faßt. Ich war also jederzeit Verehrer des Achtstundentages und selbst noch kürzerer Arbeitszeiten (wie heute schon bei den Verehrten) und bin es in einer normalen Zukunft sofort wieder.

Gleich anderen Parteigenossen werde ich nur die Frage auf, ob diese Heberzeugung und dieser Wille so einfach hinzuzubringen vermögen über die Feinheit in ihren Produktionsanforderungen vollkommen ungeordneten wirtschaftlichen Wiederaufbaujahren, in denen zu riesigen inneren, sozialen und persönlichen Zankriegsanfängen ebenso erdrückende, nicht vergoldene Produktionsmehrfachungen nach außen hin uns einseitig auferlegt sind. Das ist für mich wie für viele andere Parteigenossen nunmehr ein „Problem“ geworden und darüber erlaube ich mir eine Meinung nicht bloß innerlich vor mir selber zu bilden, sondern sie auch zur Heberzeugung und Gewinnung anderer in Sprache und Schrift, wie es schon in der alten preussischen Verfassung hier, frei zu äußern:

„Den grimmigen Ernst der Lage möchten unsere Zeitgenossen vor sich und andern verzeichnen. Denn das Problem steht heute wirklich nicht mehr so wie in alter, gemütlicherer Zeit, die einmütig war und so bald nicht wiederkehren wird: kann eine mit den technischen, finanziellen und personellen Hilfsmitteln der Vorkriegszeit ausgerüstete Bevölkerung in acht Stunden alles Erforderliche erzeugen, um neben dem Lebensbedarf der Masse und der notwendigen Ausweitung und Erneuerung des Produktionsapparates noch die unerschöpflichen und wünschenswerten sozialen und freigeistlichen Kulturleistungen hinreichend zu sichern? Wie Ausführungen, die sich nach wie vor in diesem Ideenkreis drehen und nur wiederholen, was bis zum Jahr 1914 allerdings höchst ausrichtig und einleuchtend war, sind nunmehr nichts anderes als seltene oder überaus Gedankenschwächen. Denn wir wirtschaften heute mit einem jammervoll ausgezogenen, verarmten Boden, mit einem, trotz allen äußerlichen Dividendenanfang und allen in die Augen stochenden Seminarüberschüssen, verflümmelten, im großen und ganzen weiter verflümmerten, in seiner unangenehmen Ausdehnung und Modernisierung unterbrochenen sozialen Produktionsapparat und mit einer persönlichen Körperkraft wie zeitigen Arbeitsfähigkeit, die erst langsam wieder der alten Höhe aufsteht. Wir wollen jedoch, neben der Befriedigung der regelmäßigen laufenden Lebens-, Konsumtions-, und Kulturanforderungen, nicht nur binnen wenigen Jahren einen jahrelangen Verfall wieder ausgleichen, der nach dem Krieg die Welt noch schlimmer war als in den 4 und 5 Kriegsjahren. Wir werden im Gegensatz zu früher nicht nur zahllose Kriegsverwundete, Wit-

Seite 8

Teil im
aus
nd
ünze
erter
und
volger
liger
Frau
Weg
liche
nüll.
nge:
ohne
as an
bis 2
in An
baum
band
effizien
11523
ANI
3 Uhr
Kaufhaus
age
Kunst
iger
April:
7, 18, 20, 22
G. Schönborg
ohne Langsch
von Pime 6
16 (Verpflicht.
Gedruckt von
Eustler-
Kapelle.
rten
Flasche
platz 10.
97, Uhr
15-102
ger!
u!
creme
tslohn
den der
ul. 5. 5.
talen.